

Die populistische Revolte in den USA – Donald Trump und die Zukunft der Republikanischen Partei

Patrick Horst

Die Präsidentschaftsvorwahlen in den USA rufen anhaltendes Kopfschütteln hervor. Dass ein halbseidener Baulöwe, Reality-TV-Moderator und Veranstalter von Miss-Universum-Wahlen mit der phantastischen Forderung, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen, zum uneinholbaren Favoriten der Republikanischen Parteianhänger aufsteigen konnte, erschien den politischen Experten noch vor wenigen Monaten undenkbar. Mit 29 von 43 gewonnenen Staaten und elf Millionen Wählerstimmen im Gepäck ist der politische Novize Donald Trump zwar noch nicht der offizielle Kandidat der Republikaner – verhindern kann ihn Stand Mitte Mai aber nur noch ein Aufstand der Delegierten auf dem Nationalen Parteikonvent in Cleveland (Ohio) im Juli. Da eine solche Operation mit noch größeren Risiken behaftet wäre als die Kandidatur des New Yorker Immobilienmoguls, ist sie trotz des heftigen Widerstands Republikanischer Parteiliten gegen Trump und nicht abebbender Medienspekulationen sehr unwahrscheinlich. Würde Trump die

offizielle Kandidatur verweigert, liefe dies unweigerlich auf die Spaltung der Partei hinaus. Auch dies war noch vor wenigen Monaten, als den Republikanern nach acht Jahren Obama eigentlich gute Chancen für die Präsidentschaftswahl eingeräumt wurden, undenkbar. Kaum jemand sah die tiefgreifende populistische Revolte, die hinter dem Trump-Phänomen steht, voraus.

Die Vorwahlen der Demokraten fügen sich ins Bild: In ihnen gelingt es einem erklärten „demokratischen Sozialisten“, die haushohe Favoritin der Partei in ungeahnte Schwierigkeiten zu bringen. Mit seiner Kampfansage an den Finanzkapitalismus der Wall Street und seinen Forderungen nach gerechter Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstands findet Bernie Sanders, Senator von Vermont, großen Zuspruch unter Anhängern der Demokraten – besonders bei jungen Menschen und dem bedrängten Mittelstand. Wie Trump gelingt es ihm, die Unterstützung von Unabhängigen und enttäuschten Nichtwählern zu gewinnen.



Dr. Patrick Horst,

Diplom-Politologe, frei forschender Habilitand in Halle und Passau

Auch dies ist ein Indiz dafür, dass wir Augenzeugen einer populistischen Revolte in den USA sind, die beide große Parteien und die Gesellschaft insgesamt ergriffen hat.

Im Folgenden soll es, erstens, um eine kurze Rekapitulation der populistischen Revolte Trumps gehen: Mit welchen inhaltlichen Positionen und symbolischen Aktionen setzte er sich an die Spitze des Republikanischen Bewerberfeldes? In einem zweiten Schritt soll kurz dargelegt werden, warum sein anhaltender Erfolg allen Gewissheiten widerspricht. Im dritten Abschnitt wird den tieferen politischen und sozialen Ursachen nachgeforscht, die hinter dem Trump-Phänomen stehen. Dabei wird über die innere Zerrissenheit der Republikanischen Partei, ihre ideologische Radikalisierung, die Veränderungen der Medienlandschaft, die Blockade im politischen System, die politischen Versäumnisse der Vergangenheit und auch über Barack Obama zu sprechen sein. In einem abschließenden Ausblick sollen die möglichen und wahrscheinlichen Auswirkungen der populistischen Revolte auf die Republikanische Partei zumindest angerissen werden.

1. Die populistische Revolte Trumps

Trump kündigte seine Präsidentschaftskandidatur am 16. Juni 2015 im Trump Tower in New York mit einer aufsehenerregenden Rede an, die alle Versatzstücke seines politischen Programms, mit dem er die kommenden Monate durch die Fernsehstudios ziehen würde, bereits enthielt. Die Rede ist es wert, genauer analysiert zu werden, weil alle bekannten Elemente des Populismus darin vorkommen. Ausgangspunkt war eine düstere Lagebeschreibung, die geschickt diffuse Ängste der Bevölkerung ansprach und eine Reihe von Sündenböcken präsentierte: „Unser Land ist in ernsthaften Schwierigkeiten. Wir haben keine Siege mehr.“ China, Japan, Mexiko: „Sie schlagen uns die ganze Zeit.“ Dann der Paukenschlag: „Wenn Mexiko seine Leute schickt, schicken sie nicht die Besten. Sie schicken Leute mit vielen Problemen. Sie bringen Drogen. Sie bringen Verbrechen. Sie sind Vergewaltiger.“ Aber die Probleme kämen nicht nur aus Mexiko, sie kämen auch – „wahrschein-

lich“ – aus dem Mittleren Osten. Das wisse man jedoch nicht so genau, weil die Politiker das Land nicht beschützten und keine Kompetenz hätten. Im Irak habe man zwei Billionen Dollar ausgegeben und was sei das Ergebnis? Tausende Tote, mehrere Tausend Verwundete. Der „islamische Terrorismus“, ISIS breite sich aus, erobere die Ölfelder und konkurriere in seinem Reichtum schon mit ihm, Trump. Außerdem übernehme der Iran nun den Irak und destabilisiere den gesamten Mittleren Osten.

Für die angebliche Inkompetenz der Politiker und die Schwäche Amerikas fand Trump eine Reihe weiterer Beispiele – nach Belieben auf außen- und innenpolitischem Feld. Die Arbeitslosigkeit sei in Wahrheit bei 18 bis 20 Prozent. „Glaubt nicht an die 5,6 (Prozent). Glaubt nicht daran.“ Viele Leute wären ohne Arbeit, so Trump, weil die Jobs nach China oder Mexiko ausgelagert worden seien. Während die Feinde der USA immer stärker würden, würden diese immer schwächer. Nicht mal ihre Nuklearstreitkräfte funktionierten noch. Das sei ein eindeutiges Signal der Schwäche an Putin. Und dann dieses „Desaster, genannt die große Lüge: Obamacare.“ Die Kosten würden durch die Decke schießen. „Du musst von einem Traktor überfahren werden, um es zu nutzen, weil die Selbstbeteiligungen so hoch sind.“ Wenn man schließlich die Verschuldung der USA in Höhe von 18 Billionen Dollar betrachte, dann sei man nicht mehr weit von der Situation Griechenlands entfernt. Nach den Prognosen der Ökonomen, denen er übrigens nicht besonders vertraue, sei der Point of no Return bei 24 Billionen Dollar erreicht. Dann sei das Land nicht mehr zu retten.

Die Feinde des amerikanischen Volkes sind Trump zufolge auch im Innern der USA zu suchen. Es sind die Politiker – und die Wirtschaftseliten, von denen sie abhängig seien. Trump setzt auf die vertraute populistische Frontstellung: dort die korrupten Eliten, hier das gute, unschuldige Volk. Von den Politikern sei keine Hilfe zu erwarten, weil sie „nur reden, nicht handeln. Nichts wird erledigt werden. Sie bringen uns nicht, glaubt mir, ins gelobte Land... Sie werden Amerika nie wieder groß machen. Sie haben nicht einmal eine Chance. Sie werden vollständig kontrolliert ... von den Lobbyisten, den Geldgebern und den speziellen Interessen.“ Amerika brauche in

dieser Situation „einen wahrhaft großen Führer... Wir brauchen einen Führer, der ‚The Art of the Deal‘ (der Titel eines Bestsellers von Trump) geschrieben hat.“ Der Führer, der Amerika erlösen kann, daran lässt Trump keinen Zweifel, ist er selbst. Er kann es mit den Feinden Amerikas in der Welt aufnehmen. Sein immenser Reichtum und sein phänomenales Verhandlungsgeschick zeigten, wie er nicht müde wird zu prahlen, dass er die nötige Kompetenz und Härte mitbringe, Amerika „wieder großartig zu machen“. Gegenüber den Politikern habe er den Vorzug, dass er finanziell unabhängig sei: „Ich nutze mein eigenes Geld. Ich nutze keine Lobbyisten. Ich nutze keine Geldgeber.“

Außen- und sicherheitspolitisch verfolgt Trump ein fast schon klassisch konservatives Programm der Rekonstruktion nationaler Stärke, das allerdings wenig konkret ist, plakative Forderungen ins Zentrum stellt und auf die Tat- und Strahlkraft des „großartigen politischen Führers“ baut. Sein Slogan „Make America Great Again“ ist von Reagan entliehen. Als Präsident, verspricht Trump, mache er „unser Militär so groß, mächtig und stark, dass niemand uns zum Narren halten wird.“ Keiner springe härter mit ISIS um als er. Auch vor Folter schreckt Trump nicht zurück, wie er in einer Fernsehdebatte ergänzte. Den Iran würde er davon abhalten, Nuklearwaffen zu bauen, die Handelsverträge mit anderen Nationen würde er neu verhandeln und dafür sorgen, dass „wir wieder gewinnen“. Internationale Allianzen und Partnerschaften oder eine Institution wie die Uno finden in seinem Programm keine Erwähnung. Schließlich würde Trump eine „großartige, großartige Mauer an unserer südlichen Grenze“ bauen. Und er würde Mexiko dafür bezahlen lassen. Elf Millionen illegale Einwanderer will er ausweisen und keine Muslime mehr ins Land lassen. Nach den Terroranschlägen von Paris im November 2015 forderte er eine Überwachung einzelner Moscheen und eine Datenbank syrischer Flüchtlinge. In Trumps Verständnis zählt auch das uneingeschränkte Recht auf Waffenbesitz zu einer effektiven Sicherheitspolitik.

Wirtschaftspolitisch verspricht Trump, Amerika wieder zur alten Stärke zu führen. Er werde der „großartigste Jobs-Präsident sein, den Gott je geschaffen hat.“ Auch werde er die Staatsverschuldung zurückführen, weil sich

der Aktienmarkt bereits wieder in einer Blase befinde. In der Steuerpolitik schlägt Trump eine „aufkommensneutrale“ Steuerreform mit vier Steuerklassen von 0, 10, 20 und 25 Prozent vor. Er würde die „Alternative Minimum Tax“, eine Mindesteinkommensteuer für Reiche, und die Erbschaftssteuer (von ihm wie von den Konservativen generell als „Todessteuer“ titulierte) abschaffen. Eliminieren möchte Trump auch die beiden großen Hassobjekte der Republikaner: die Gesundheitsreform und die nationalen Bildungsstandards. In der Gesundheits- und der Bildungspolitik würde er den Einzelstaaten und Kommunen mehr Kompetenzen einräumen. Insgesamt bewegt sich Trump mit seinen programmatischen Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik im konservativen Mainstream, ist ideologisch weniger festgelegt als seine Kontrahenten. Kürzungen bei den populären Kranken- und Rentenversicherungsprogrammen Medicare, Medicaid und Social Security lehnt er ab. Für die Schwangerschaftsberatungsorganisation Planned Parenthood findet er anerkennende Worte.

Wenige Wochen nach seiner Ankündigungsrede setzte sich Trump an die Spitze der nationalen Umfragen. Seit dem Juli 2015 führt er sie unangefochten an. Nur im Oktober gelang es Ben Carson, einem anderen Außenseiter ohne jede politische Erfahrung, Trump in einigen Umfragen von der Spitze zu verdrängen. Zu Trumps Erfolgsgeheimnis gehört es, dass er jeden Konkurrenten, der ihm gefährlich wird, sofort persönlich attackiert, oft unter der Gürtellinie. Seine Reden sind mit bössartigen Invektiven gegen die unfähigen, „dummen“ Politiker im Allgemeinen sowie seine nicht weniger einfältigen und „schwachen“ Konkurrenten im Speziellen gewürzt – wobei er die Fähigkeit besitzt, Gemeinheiten auf eine unterhaltsame, fast charmante und unschuldige Art zu äußern. Carsons freimütige Äußerungen in seiner Autobiographie nutzte er dazu, ihn als einen unheilbar pathologischen Charakter darzustellen, vergleichbar einem „sexuellen Kindesbelästiger.“ Jeb Bush beschrieb er als „low energy“. Ted Cruz, der im Februar zu seinem stärksten Herausforderer wurde, bezeichnete er als den „alleinigen größten Lügner“ im Republikanischen Bewerberfeld. Und Marco Rubio, den zwischenzeitlichen Favoriten des Republikanischen Parteiestab-

ishment, titulierte er als „Leichtgewicht“ und „Klein Marco“.

Kritik kommt bei Trump nicht gut an. Als John McCain, der Präsidentschaftsbewerber der Republikaner von 2008, Trump wegen seiner hetzerischen Reden gegen illegale Einwanderer kritisierte, denunzierte dieser ihn als „einen Kriegshelden, weil er gefangen genommen wurde.“ Er möge „Leute, die nicht gefangen genommen wurden.“ Den Präsidentschaftskandidaten der Republikaner von 2012, Mitt Romney, beleidigte er als „einen der blödesten und schlechtesten Kandidaten in der Geschichte Republikanischer Politik“, nachdem dieser ihn aufgefordert hatte, seine Steuererklärungen offenzulegen. Als Romney wenig später zur Wahl seiner Konkurrenten aufrief, legte Trump nach: Romney sei ein „Verlierer“, der nach 2012 keine Rolle mehr gespielt habe. Der Nachrichtenmoderatorin Megyn Kelly, die Trump mit seinen frauenfeindlichen Äußerungen aus der Vergangenheit konfrontiert hatte, antwortete er, dass er keine Zeit für Political Correctness habe – und das Land auch nicht. Kelly sah sich persönlichen Attacken Trumps auf Twitter und einem Boykott der zweiten Fox-Debatte ausgesetzt. Trump bedachte auch Mitbewerberin Carly Fiorina und Hillary Clinton mit frauenfeindlichen Zoten.

2. Die Unwahrscheinlichkeit seines Erfolgs

Die Politikwissenschaft geht davon aus, dass ein erfolgreicher Präsidentschaftsbewerber bis zum Auftaktwettbewerb in Iowa vor allem vier Aufgaben bewältigen muss – in dieser Reihenfolge: Er muss die Unterstützung seiner ein-

flussreichen Parteifreunde gewinnen („Endorsement Primary“), mehr Spenden als seine Konkurrenten eintreiben („Money Primary“), die mediale Berichterstattung dominieren und die nationalen Wahlumfragen anführen. Die Endorsements gelten als besonders wichtig. Wer die Unterstützung seiner Partei hinter sich bringt, so lautet die Regel, kann die Geldgeber der Partei auf seine Seite ziehen und die Aufmerksamkeit der Medien erregen. Dies hat beinahe zwangsläufig zur Folge, dass er auch die Führung in den nationalen Wahlumfragen übernimmt.

Der Wettbewerb der Demokraten lief nach diesem Muster ab: Clinton sammelte bis zum 31. Januar die Unterstützungszusagen von zwölf amtierenden Gouverneuren ihrer Partei, 39 Senatoren und 149 Kongressabgeordneten ein, während Sanders nur zwei Abgeordnete hinter sich bringen konnte. Bis Mitte April fügte Clinton ihren Bataillonen einen Gouverneur, einen Senator und ein Dutzend Abgeordnete hinzu, Sanders gewann die Unterstützung von sechs weiteren Abgeordneten und Senator Jeff Merkley (Oregon). Einen solch riesigen Vorsprung bei den Endorsements hatte es bei den Demokraten noch nie gegeben (Tabelle 1). In der Money Primary lag Clinton ebenfalls vor Sanders, wenngleich dieser erstaunlich wettbewerbsfähig war und bis März sogar bei den persönlichen Spenden mit Clinton gleichzog. Sanders mobilisierte vor allem Kleinspenden unter 200 Dollar, nahm aber kein Geld von Super PACs an (Tabelle 2). Keine Überraschung war, dass Clinton bis Anfang des Jahres die größere Aufmerksamkeit der Medien auf sich zog. Die nationalen Umfragen der Demokraten führte sie unangefochten an.

Tabelle 1: Die „Endorsement Primary“

Republikaner	31.1.	11.3.	21.3.	27.4.	Demokraten	31.1.	11.3.	21.3.	27.4.
1. Jeb Bush	51	–	–	–	1. Hillary Clinton	464	478	489	491
2. Marco Rubio	43	168	–	–	2. Bernie Sanders	2	6	6	13
3. Chris Christie	36	–	–	–	3. Martin O'Malley	1	–	–	–
4. Mike Huckabee	26	–	–	–					
5. John Kasich	20	32	37	48					
6. Ted Cruz	18	52	80	104					
...					
11. Donald Trump	0	29	40	43					

Die Unterstützung eines Gouverneurs bringt zehn Punkte, eines Senators fünf Punkte und eines Repräsentanten einen Punkt. Bei 435 Abgeordneten (247 R, 188 D), 100 Senatoren (54 R, 44

D, 2 D) und 50 Gouverneuren (31 R, 18 D, 1 D) kann ein Präsidentschaftsbewerber der Republikaner in diesem Jahr maximal um 800, ein Kandidat der Demokraten maximal um 600 Punkte erzielen. Quelle: Aaron Bycoffe, The Endorsement Primary, Updated: April 27, 2016, <http://projects.fivethirtyeight.com/2016-endorsement-primary/>.

Tabelle 2: Die „Money Primary“

Republikaner	Spenden		Outside Money		Demokraten	Spenden		Outside Money	
	31.1.	31.3.	31.1.	31.3.		31.1.	31.3.	31.1.	31.3.
1. B. Carson	57,9	64,1	13,8	16,2	1. H. Clinton	130,4	186,7	57,7	76,2
2. T. Cruz	54,7	79,1	46,7	63,4	2. B. Sanders	96,3	185,8	0,0	0,6
3. M. Rubio	34,7	45,9	34,3	62,0	3. M. O'Malley	6,0	6,2	1,1	1,1
4. J. Bush	33,5	35,2	118,7	121,1					
5. D. Trump	25,5	49,3	1,9	2,8					

In Millionen Dollar. Quellen: Federal Election Commission, Center for Responsive Politics.

Trumps Erfolg im Wettbewerb der Republikaner folgte einem anderen Muster. Seinen Favoritenstatus erkämpfte er sich gegen den heftigen Widerstand der Parteiliten. Bis Ende Januar hatte er nicht eine einzige Unterstützungszusage eines amtierenden Gouverneurs, Senators oder Kongressabgeordneten einsammeln können. Erst nachdem er New Hampshire, Nevada und South Carolina gewonnen hatte, konnte er eine Handvoll Unterstützer aus der aktiven Parteilite in sein Lager ziehen – allen voran New Jerseys Gouverneur Chris Christie. Dennoch war Trump auch noch im März und April derjenige Kandidat mit dem geringsten Rückhalt unter den Parteikollegen (Tabelle 1). Auch in der Geldrangliste lag Trump vor den ersten Versammlungen in Iowa nur auf dem fünften Platz im republikanischen Bewerberfeld – ein Ausdruck der Tatsache, dass er seinen Wahlkampf im Wesentlichen selbst finanzierte (Tabelle 2).

Für ihn war dies jedoch kein Nachteil, weil er die Medien seit dem Sommer 2015 auf allen Kanälen beherrschte. Vor allem das Kabelfernsehen und die konservativen Radioshows, aber auch die nationale Qualitätspresse gaben Trump einen Raum, wie ihn keiner seiner Mitbewerber genoss. Allein Fox News räumte Trump bis Ende Januar 2016 in über 150 Fernsehinterviews knapp 29 Stunden freie Sendezeit ein – so viel wie seinen

drei schärfsten Konkurrenten zusammen. Hinzu kam die ausgiebige Berichterstattung über die provokativen Äußerungen Trumps, die zwar oft negativ ausfiel; doch für den „Insult-Comedy“-Kandidaten (Michael Taube) galt die Binsenweisheit, dass schlechte Nachrichten gute Nachrichten sind, in besonderem Maße. Je tiefer Trump unter die Gürtellinie zielte und je rücksichtsloser er Tabus brach, desto interessanter wurde er für die Medien. Auch Gewaltausbrüche bei seinen Veranstaltungen schaden seinem Nachrichtenwert nicht. Nach der Vorwahl in Michigan sendeten alle drei großen Kabelfernseher (Fox, CNN, MSNBC) während der „Prime Time“ eine dreiviertelstündige Pressekonferenz Trumps, auf der er wie im Bezahlfernsehen seine Steaks und Weine anpries. Die anderen Kandidaten waren den Fernsehsendern keine Nachricht wert oder wurden auf spätere Sendezeiten verschoben. Trump zeigte sich auch als ein Meister im Umgang mit den sozialen Medien, allen voran Twitter, Facebook und Reddit, auf denen er seine kurzen persönlichen Attacken verbreitete. Die traditionellen und neuen Medien zusammengerechnet soll sich Trump bis Ende Februar freie Werbezeit („Free Media“) im Wert von 1,9 Milliarden Dollar verdient haben. Da fiel es dann nicht ins Gewicht, dass er von allen Kandidaten mit Abstand am wenigsten für Fernsehwerbung („Paid Media“) ausgab (Tabelle 3).

Tabelle 3: Die „Medien-Primary“: Bezahlte und freie Fernsehzeit

Kandidat	Paid Media	Kandidat	Free Media
1. Jeb Bush (R)	82	1. Donald Trump	1.898
2. Marco Rubio (R)	55	2. Hillary Clinton	746
3. Bernie Sanders (D)	29	3. Bernie Sanders	321
4. Hillary Clinton (D)	29	4. Ted Cruz	313
5. Ted Cruz (R)	22	5. Jeb Bush	214
6. Chris Christie (R)	17	6. Marco Rubio	204
7. John Kasich (R)	14	7. Chris Christie	90
8. Donald Trump (R)	10	8. John Kasich	38

In Millionen Dollar bis Ende Februar 2016. Quelle: Nicholas Confessore / Karen Yourish, *Measuring Donald Trump's Mammoth Advantage in Free Media*, New York Times, 15. März 2016.

3. Die Ursachen des Trump-Phänomens

Alle Versuche, das Trump-Phänomen zu erklären, müssen über die Person des Kandidaten hinausreichen. Zwar ist unbestritten, dass nur eine charismatische Persönlichkeit wie Trump dem Protest effektiv Ausdruck verleihen kann. Insofern sind seine besonderen rhetorischen Fähigkeiten, seine Schlagfertigkeit, komödiantische Begabung und Menschenkenntnis durchaus von Belang. Trump punktet mit seiner Authentizität – seiner gutgelaunten Prunksucht, seiner Brutalität und seinem jugenhaften Trotz. Aber Charisma gibt es heute nur noch vermittelt über die Medien. Die Medienkompetenz des jahrzehntelang erprobten Reality-TV-Stars, der im eigenen Flugzeug zu seinen Wahlkampfauftritten einfliegt, ist ein unschätzbare Kapital. Auch der anhaltende Höhenflug des konservativen Nachrichtensenders Fox spielt Trump in die Hände. Wie kein zweiter Sender hat Fox zur Preisgabe journalistischer Qualitätsstandards (auch bei CNN oder MSNBC) und zur Verrohung der Sitten beigetragen.

Trump profitierte von der Zerstrittenheit seiner Konkurrenten. In einem überfüllten Feld von 17 Kandidaten gelang es keinem der seriösen Bewerber, sich als aussichtsreicher Kandidat des Parteiestablishment zu etablie-

ren. Besonders die (ehemaligen) Gouverneure Jeb Bush, Scott Walker, Chris Christie und Senator Rand Paul enttäuschten die Erwartungen. Nach dem schwachen Abschneiden von Bush und Christie in Iowa konzentrierte ein Teil der Partieliten seine Hoffnung auf Floridas Senator Marco Rubio – sehr zum Missfallen von Christie und Bush. Die beiden setzten in der Fernsehdebatte vor New Hampshire alles daran, Rubio als Kandidaten zu beschädigen. Dieses Ziel immerhin erreichten sie, bevor sie aus dem Wettbewerb ausschieden (Tabelle 4). Der angeschlagene Rubio hielt noch bis zur Vorwahl in Florida durch, ehe auch er nach der Niederlage in seinem Heimatstaat seinen Wahlkampf einstellte. Texas' Senator Ted Cruz und Ohios Gouverneur John Kasich waren damit die beiden letzten Kandidaten, die sich Trump entgegenstellten. Auch sie mussten aber nach den Siegen Trumps im Nordosten und in Indiana einsehen, dass sie den New Yorker Milliardär nicht mehr stoppen konnten. Alle Ideen, auf dem Konvent einen gänzlich neuen „White-Knight“-Kandidaten aus dem Hut zu zaubern – zum Beispiel Mitt Romney oder Speaker Paul Ryan – berücksichtigen zu wenig, dass dies in Zeiten eines plebiszitär-demokratischen Auswahlprozesses nur zerstörerische Folgen für die Partei haben kann.

Tabelle 4: Der Ausscheidungswettlauf der Republikaner

Bis 31.12. 2015 ausgeschieden	Nach Iowa (1.2.2016)	Nach New Hampshire (9.2.)	Nach South Carolina (20.2.) und Super Tuesday (1.3.)	Nach ‚Super Tuesday 2‘ (15.3.) und Indi- ana (3.5.)	Sieger
1. Former Gov. Rick Perry (TX) 11.9. 2. Gov. Scott Walker (WI) 21.9. 3. Gov. Bobby Jindal (LA) 17.11. 4. Sen. Lindsay Graham (SC) 21.12. 5. Former Gov. George Pataki (NY) 29.12.	6. Former Gov. Mike Huckabee (AR) 1.2. 7. Sen. Rand Paul (KY) 3.2. 8. Former Sen. Rick Santorum (PA) 3.2.	9. Gov. Chris Christie (NJ) 10.2. 10. Carly Fiorina 10.2. 11. Former Gov. Jim Gilmore (VA) 12.2.	12. Former Gov. Jeb Bush (FL) 20.2. 13. Ben Carson 4.3.	14. Sen. Marco Rubio (FL) 15.3. 15. Sen. Ted Cruz (TX) – 3.5. 16. Gov. John Kasich (OH) – 4.5.	17. Donald Trump (NY)

Quellen: Eigene Recherchen.

Die Zerstrittenheit der Republikanischen Partei hat eine lange Vorgeschichte, die bis auf die gescheiterte Präsidentschaftskandidatur Barry Goldwaters im Jahre 1964 zurückverfolgt werden kann. Wer nicht gleich ein halbes Jahrhundert zurückschauen will, kann den Zerfall der Partei auch mit der „Republikanischen Revolution“ des Jahres 1994 beginnen lassen. Mit Newt Gingrich, dem ersten Republikanischen Speaker seit mehr als vierzig Jahren, zogen die radikalkonservativen Hirngespinnste, die Verschwörungstheorien, die Bigotterie und die Idee, die Demokraten bis aufs Blut bekämpfen zu müssen, in den Mainstream der Partei ein. Der „Government Shutdown“ 1995/96 und das „Impeachment“ gegen Clinton waren Ausdruck einer unerbittlichen Konfrontations- und Blockadestrategie, die zunächst vom Repräsentantenhaus ausging, dann aber auch auf den Senat übergriff. Die ideologische Radikalisierung der Republikaner war zudem ein Ergebnis langfristiger sozialer und politischer Wandlungsprozesse – allen voran der Transformation des Südens und des Verschwindens des liberalen Flügels der Republikaner im Nordosten. Mit dem wachsenden Gewicht des Südens in der Partei gewannen staatsfeindliche, gesellschaftspolitisch reaktionäre, religiös-frömmelerische und nativistisch-fremdenfeindliche Ideen an Einfluss, die sich vom dominierenden „liberalen Establishment“ in Washington nicht repräsentiert sahen. Selbst ein konservativer Präsident wie der Texaner George W. Bush wurde wegen seines „mitfühlenden Konserva-

tivismus“ und seiner liberalen Einwanderungspolitik – die beide Ankündigung blieben – mit tiefer Skepsis auf dem radikalen Flügel seiner Partei beäugt. Am Ende seiner Amtszeit wurde er wegen seiner finanzpolitischen Hinterlassenschaft und seines Banken-Bailouts zur Unperson in der eigenen Partei. Die 2009 gegründete Tea-Party-Bewegung war nach eigenem Bekunden genauso gegen das maßlose „Deficit Spending“ Bushs wie gegen die angeblich sozialistische Umverteilungspolitik Obamas gerichtet.

Der Furor, den die Tea Party gegen den ersten schwarzen Präsidenten der USA entfachte, war aber zumindest unterschwellig auch rassistisch motiviert. Trump spielte hier als Anführer der „Birther“-Bewegung, die Obamas Staatsangehörigkeit in Zweifel zog, eine unrühmliche Rolle. Weil Obamas Wahlsiege an eine politische Strategie gebunden waren, den Rassismus der amerikanischen Gesellschaft herunterzuspielen („Deracialization“), saß der Präsident in der Falle. Obamas Amtszeit ist durch die eigentümliche Dialektik gekennzeichnet, dass trotz der gesellschaftspolitischen Fortschritte für Schwarze und Latinos ein altmodischer Rassismus wieder salonfähig wurde – auch ein Alltagsrassismus, der sich in spektakulären Fällen von Polizeigewalt gegen Schwarze Bahn brach.

Der wilde Obstruktionismus der Tea Party gegen alles, was Obama politisch vorschlug, wurde in den vergangenen acht Jahren zur maßgeblichen politischen Leitlinie der Repub-

likanischen Partei. Die pöbelnde Respektlosigkeit gegenüber den handelnden Politikern und den politischen Institutionen ist wahrlich keine Erfindung Trumps, weshalb dieser vielen politischen Kommentatoren gleichsam als „Frankensteins Monster“ (Robert Kagan) gilt, das von der Partei und ihren medialen Wutpredigern zum Leben erweckt, beständig gefüttert und so stark gemacht wurde, dass es nun fähig sei, seinen Erzeuger zu zerstören. Dem Siegeszug Trumps haben die Republikaner den Boden bereitet, indem sie das Vertrauen in unabhängige Wissenschaft untergraben, das politische System lahmgelegt und die „politische Klasse“ insgesamt einer Verachtung preisgegeben haben, die Trump nun ausnutzen kann.

Die populistische Revolte wird noch von einem weiteren Brennstoff angetrieben – dem wirtschaftspolitischen Versagen der politischen Eliten, die in den vergangenen drei Jahrzehnten „die Reichen reicher gemacht und die Mittelschicht im Stich gelassen haben“ (Jacob Hacker/Paul Pierson). Daran sind beide Parteien mitschuldig, die Republikaner aber in besonderem Maße. So stieg der Anteil der reichsten ein Prozent am Volkseinkommen von zehn Prozent bei Amtsantritt Reagans auf knapp 24 Prozent im Jahre 2007, dem Vorabend der Finanzkrise. Zur gleichen Zeit profitierte die Mittelschicht vom gewachsenen Reichtum der Gesellschaft nicht, wie es der „Trickle-Down“-Philosophie der Republikaner hätte entsprechen müssen. Während das Durchschnittseinkommen nach Steuern der obersten ein Prozent inflationsbereinigt von 337.000 Dollar (1979) um 256 Prozent auf 1,2 Millionen Dollar (2006) anstieg, nahm das Einkommen des mittleren Fünftels der Gesellschaft nur um 21 Prozent von 42.900 auf 52.100 Dollar zu. Das ärmste Quintil der Gesellschaft legte sogar nur von 14.900 auf 16.500 Dollar zu. Im selben Zeitraum verzeichneten überhaupt nur die obersten zehn Prozent der Gesellschaft einen überdurchschnittlichen Zuwachs an Reichtum, die restlichen neunzig Prozent wurden relativ gesehen ärmer. Besonders stark schrumpfte die Mittelschicht seit dem Amtsantritt von George W. Bush, der die Steuerbelastung der Spitzenverdiener auf einen historischen Tiefstand absenkte. Zwischen 1979 und 2015 gingen zudem gut sieben Millionen Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie verloren, über fünf Millionen seit dem Jahr 2000, während die Reallöhne sanken. Ihre

geringen Einkommenszuwächse musste sich die Mittelschicht über ein höheres Arbeitsvolumen verdienen, das mit einer geringeren Jobsicherheit und Verlusten in der sozialen Absicherung einherging. Von der Gesundheitsreform Obamas profitierten besonders die Armen, nicht aber die Mittelschicht, die sich von den „Undeserving Rich“ und den „Undeserving Poor“ in die Zange genommen sieht. Es ist vor allem die weiße, männliche Mittelschicht, die Trump (und Sanders) wählt.

4. Die Zukunft der Republikanischen Partei

Eine Prognose über die Zukunft der Republikanischen Partei ist derzeit kaum möglich, soll aber dennoch gewagt werden. Klar ist nur, dass Trumps Siegeszug die Partei vor eine Zerreißprobe stellt. Sicher ist, dass er auf dem Parteikonvent im Juli eine Mehrheit im ersten Wahlgang erreichen wird. Die Frage ist: Wird es auch eine absolute Mehrheit sein? Falls ja, wird Trump die Republikaner in die Präsidentschaftswahl führen, falls nicht, möglicherweise auch. Denn wenn Cruz und Kasich bis zuletzt auch eifrig Delegierte sammelten, die sich in einem zweiten oder dritten Wahlgang hinter sie stellen, so wäre ein solcher Schritt einer demokratischen Partei im 21. Jahrhundert unwürdig. Ebenfalls indiskutabel wäre es, einen gänzlich neuen Kandidaten zu küren, der sich dem Votum der Anhänger in den Vorwahlen nicht gestellt hätte. Beide Putschvarianten hätten zur Konsequenz, dass Trump sich an sein Versprechen, nicht als unabhängiger Kandidat anzutreten, nicht mehr gebunden fühlte. Eine unabhängige Kandidatur Trumps, der noch Zeit genug hätte, auf die allermeisten Wahlzettel in den Einzelstaaten zu kommen, wäre aber für die Republikaner ein Fiasko. Die Partei würde nicht nur die Präsidentschaftswahl verlieren, sondern wahrscheinlich auch den Senat. Selbst die sicher geglaubte Mehrheit im Repräsentantenhaus wäre bei einer solchen Konstellation in Gefahr, von den Kollateralschäden bei den einzelstaatlichen Wahlen gar nicht zu reden.

Bleibt als einzig „vernünftige“ Option, so sehr das Bauchgefühl der Republikanischen Parteifunktionäre dagegen auch rebelliert, die Einigung auf Trump. Der konservative

Flügel um Cruz stünde dann vor der Frage, die auch schon diskutiert wird, ob er klein begeben oder einen unabhängigen Kandidaten installieren will. Für die Wahlchancen von republikanischen Kandidaten unterhalb der Präsidentschaftsebene könnte die unabhängige Kandidatur eines konservativen Hardliners sogar positive Auswirkungen haben. Und auch die großen Geldgeber der Republikanischen Partei, die in der Mehrzahl die reine konservative Lehre dem populistischen Mischmasch von Trump vorziehen, könnten an einer solchen Kandidatur, die Zugkraft im Süden entfaltet, Gefallen finden. Das würde zwar auf eine demokratische Präsidentin Hillary Clinton hinauslaufen, hätte aber den Charme, dass die Republikaner ziemlich sicher ihre Vetoposition im Repräsentantenhaus behielten.

Die Frage nach ihrem künftigen programmatischen Profil hätten die Republikaner damit noch nicht beantwortet. Das ist aber die entscheidende Frage, vor die sie der Erfolg Trumps stellt: Sind sie bereit, ihre untauglichen Positionen in der Steuer- und Wirtschaftspolitik, die einseitig die oberen zehn Prozent der Gesellschaft begünstigen, aufzugeben und die Interessen der Mittelschicht wieder stärker ins Zentrum ihrer Politik zu rücken? Verzichten die Republikaner darauf, ihre reaktionären Moralvorstellungen der Gesellschaft aufzwingen zu wollen und akzeptieren sie den Fortschritt, der in der Regulierung des Schwangerschaftsabbruchs, der gleichgeschlechtlichen Ehe oder der Waffenkontrolle inzwischen erreicht worden ist? Nach nichts von dem sieht es derzeit aus. Wie der geschlossene, aber nicht zu rechtfertigende Widerstand der Republikaner gegen die Neubesetzung des Sitzes im Obersten Gerichtshof zeigt, bestimmen die Konservativen in der Partei den Kurs. So unerfreulich es ist: Wahrscheinlich kann die Macht der Konservativen in der Partei überhaupt nur durch einen Sieg Trumps im November gebrochen werden. Und sein Sieg ist allen anderslautenden Umfragen zum Trotz nicht ausgeschlossen, weil die populistische Revolte auch die Demokraten erfasst hat und Hillary Clinton aus vielen Gründen eine Kandidatin mit Schwächen ist.

Literatur

- Larry M. Bartels: *Unequal Democracy. The Political Economy of the New Gilded Age*, Princeton: Princeton University Press, 2008.
- Marty Cohen/David Karol/Hans Noel/John Zaller, *The Party Decides: Presidential Nominations Before and After Reform*, Chicago: University of Chicago Press, 2008.
- E. J. Dionne, Jr.: *Why the Right Went Wrong. Conservatism from Goldwater to the Tea Party and Beyond*, New York: Simon & Schuster, 2016.
- Winand Gellner/Patrick Horst (Hrsg.): *Die USA am Ende der Präsidentschaft Barack Obamas. Eine erste Bilanz*, Wiesbaden: Springer VS, 2016.
- Jacob S. Hacker/Paul Pierson: *Off Center. The Republican Revolution and the Erosion of American Democracy*, New Haven: Yale University Press, 2005.
- Jacob S. Hacker/Paul Pierson: *Winner-Take-All Politics. How Washington Made the Rich Richer – And Turned Its Back on the Middle Class*, New York: Simon & Schuster, 2010.
- Patrick Horst: Die unendliche Reform des präsidentiellen Nominierungsprozesses in den USA, in: Ursula Münch/Uwe Kranenpohl/Henrik Gast (Hrsg.), *Parteien und Demokratie. Innerparteiliche Demokratie im Wandel*, Baden-Baden: Nomos, 2014, S. 75-92.
- Thomas E. Mann/Norman J. Ornstein: *It's Even Worse Than It Looks. How the American Constitutional System Collided with the New Politics of Extremism*, New York: Basic Books, 2012.
- Chris Mooney: *The Republican War on Science*, New York: Basic Books, 2006.
- Norman J. Ornstein: *The Eight Causes of Trumpism*, in: *The Atlantic* (online), 4. Januar 2016.
- Theda Skocpol/Vanessa Williamson: *The Tea Party and the Remaking of American Conservatism*, New York: Oxford University Press, 2012.
- Donald Trump: *Our Country Needs a Truly Great Leader*, in: *Wall Street Journal*, 16. Juni 2015.

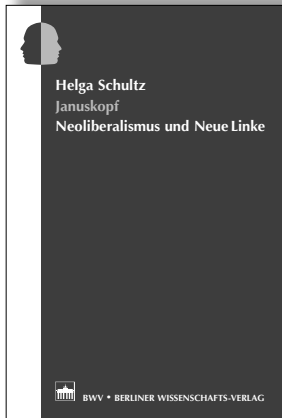
Sascha Rolf Lüder, Björn Stahlhut

Zukunft der Gesundheit 2030

Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz zwischen Markt, Versorgung und Sicherheit

Markt, Versorgung und Sicherheit – diese drei Punkte stehen im Mittelpunkt des Buches. Die Antworten bleiben dabei nicht auf die klassische Patient-Arzt-Beziehung beschränkt, sondern betrachten die interdisziplinäre Ausrichtung der Gesundheit 2030. Die Autoren gehen davon aus, dass Gesundheitspolitik in Zukunft u. a. auch Strukturpolitik, Sozialpolitik oder sogar Außenpolitik sein wird. Ganzheitliche, tragfähige Lösungen für den Dreiklang aus Alltag, Katastrophe und bewaffnetem Konflikt müssen nach ihrer Auffassung eine sichere und hochwertige Versorgung gewährleisten und in eine niedrighschwellige Basishilfeleistungsstruktur eingebunden werden. Dies setzt die Schaffung aktivierender Strukturen voraus, die einen Beitrag zur Eigenverantwortung der Menschen leisten. Eine zukunftsfeste Gesundheitspolitik und damit die Vermeidung von Priorisierung und Rationierung in einer Gesellschaft langen Lebens sind nach Auffassung der Autoren nur möglich, wenn wirtschaftliches Handeln und gesellschaftliches Engagement zusammenkommen. Dieses Buch benennt existierende Probleme der Gesundheitsversorgung 2030 und bietet Handlungsempfehlungen zu deren Lösung an.

2016, 78 S., kart., 16,90 €, 978-3-8305-3631-4




Helga Schultz

Januskopf – Neoliberalismus und Neue Linke

Weltweite Kommunikationsnetze haben uns nicht zu einem „Weltdorf“ zusammengeführt, die „sozialen Medien“ nicht menschliche Nähe und Solidarität gestärkt, sondern allgegenwärtige Überwachung und den Verlust der Privatsphäre ermöglicht. Der Staatssozialismus begrub seine Visionen unter sich, ohne dass das allein auf dem Kampfplatz bleibende kapitalistische System Glaubwürdigkeit bewahrte. Der damit einhergegangene Strategiewechsel wird immer häufiger als neoliberale Revolution verstanden.

Jenseits und unabhängig vom Zusammenbruch des Staatssozialismus vollzogen sich auch innerhalb der Linken tief greifende Veränderungen. Es entwickelte sich eine Neue Linke, die in den Arbeitern, die über den Wohlfahrtsstaat in die bürgerliche Gesellschaft integriert waren, kein revolutionäres Subjekt mehr sah, und die sich Armut und Unterdrückung in der postkolonialen Welt zuwandte, den Kampf gegen die Diskriminierung von Minderheiten und gegen das Patriarchat aufnahm und eine geistige Wende herbeiführte. Diese Entwicklung soll unter dem Begriff der postmodernen Revolution zusammengefasst werden. Diese Linke bestimmt die zukünftige Richtung der Welt, in der wir heute leben, mit, und das keineswegs als Getriebene. So die These des vorliegenden Buches, das dem Zusammenspiel von Neoliberalismus und Neuer Linken nachgeht.

2016, 52 S., kart., 16,90 €, 978-38305-3634-5

 15,99 €, 978-3-8305-2116-7



BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Markgrafenstraße 12-14 • 10969 Berlin • Tel. 030 / 841770-0 • Fax 030 / 841770-21

E-Mail: bwv@bwv-verlag.de

www.bwv-verlag.de